



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

politische Veränderung entsteht nicht durch Stillstand, sondern durch Engagement, Ideen und den Mut, Verantwortung zu übernehmen. Der *POLITtalk* bietet eine Plattform für genau diesen Austausch – für klare Positionen, neue Impulse und konstruktive Diskussionen.

Heute halten wir die 1. Ausgabe des *POLITtalks* in den Händen – ein Projekt, das nur durch das Engagement vieler möglich wurde. Mein besonderer Dank gilt all jenen, die sich mit Überzeugung und Einsatz für diesen Dialog starkmachen. Dazu gehören die Mitarbeiter des *POLITtalks*, die mit viel Engagement politische Debatten lebendig halten, sowie alle, die im Kreisverband anpacken und mitgestalten.

Ein ebenso großer Dank geht an unsere Sponsoren, die es ermöglichen, diese Plattform weiterzuentwickeln und politische Diskussionen offen und unabhängig zu führen.

Lassen Sie uns gemeinsam den politischen Dialog in Niedersachsen stärken – mit Klarheit, Tatkraft und einer starken konservativen Stimme!

Ihr Vorstand des Landesverbandes

Niedersachsen

Dr. Steffen Grüner - Armin Hensel - Frank Stöver
Lea Arning - Thomas Schridde - Thomas Kellner -
Ulf Burmeister

POLITtalk
Redaktion
Postfach 3013
31262 Lehrte
mail@werteunion-hannover.de

Von Bürgern für Bürger

Unsere kleine Zeitung für die politische Landschaft.

Wir freuen uns, Ihnen die 1. Ausgabe unserer neuen Zeitung präsentieren zu können. Hier schreiben Bürger für Bürger, um auf Themen aufmerksam zu machen, die bewegen, aber in der öffentlichen Debatte oft kein Gehör finden. Was erwartet Sie?

✓ **Aktuelle Themen:** Wir greifen die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Themen auf – von lokalen Entscheidungen bis zu bundesweiten Entwicklungen.

✓ **Bürgerstimmen:** Wir geben den Bürgern eine Stimme, die sonst nicht gehört werden. Ihre Meinungen, Erfahrungen und Anliegen stehen im Mittelpunkt unserer Berichterstattung.

✓ **Vielfalt:** Wir bieten eine Vielzahl an Perspektiven und Meinungen, um ein umfassendes Bild der politischen Landschaft zu vermitteln.

In dieser Ausgabe erwarten Sie.

- * Pressemitteilung der Werte Union Niedersachsen
- * Lokales: Peine / Lehrte
Abfallwirtschaft
Anfrage an die Stadt Lehrte
- * Netzfund
Was man bei Facebook & Co so findet
- * Nachrichten
Transparente Aufklärung der Pandemiepolitik
- * Landes- und Stadtpolitik
Windpark in der Region Hannover
Verpackungssteuer
- * In eigener Sache
Einladung zum 1. *come together*
Neujahrsempfang
- * Zahlen – Daten – Fakten
Kommentar zur Bundestagswahl



POLITtalk

Pressemitteilung der WerteUnion Niedersachsen 02. März2025

Keine NGO hat ein Anrecht auf Steuergelder – Transparenz statt Einseitigkeit!

Die jüngste Debatte über die staatliche Finanzierung von NGOs zeigt ein massives Ungleichgewicht in der politischen Landschaft. Während linkslastige Organisationen wie Omas gegen Rechts, HateAid oder Correctiv großzügig mit Steuergeldern gefördert werden, wären konservative oder rechte NGOs undenkbar.

Ein bezeichnendes Beispiel für diese Einseitigkeit ist die Veranstaltung von Omas gegen Rechts in Niedersachsen, bei der CDU und FDP bewusst ausgeladen wurden. Dies zeigt, dass sich einige dieser angeblich zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht als neutrale Akteure verstehen, sondern als politische Kampfgruppen agieren – finanziert aus Steuermitteln. Dr. Steffen Grüner, Vorsitzender der WerteUnion Niedersachsen, erklärt dazu: „Es gibt kein Anrecht auf staatliche Finanzierung für NGOs. Es ist absurd, dass Gruppen, die sich offen gegen demokratisch legitimierte Parteien stellen, mit Steuergeldern unterstützt werden. Die einseitige Förderung dieser Strukturen durch den Staat muss dringend hinterfragt werden.“

Auch Dr. phil. Jozef Rakicky, Experte für Gesellschaft und Sozialpolitik, betont: „Wir fordern eine vollständige Offenlegung aller staatlichen Fördergelder an NGOs. Es darf nicht sein, dass mit öffentlichen Mitteln politische Lagerbildung betrieben und kritische Stimmen systematisch ausgegrenzt werden.“

Besonders auffällig ist die Haltung der Grünen-Politikerin Filiz Polat aus Niedersachsen, die sich vehement gegen eine Untersuchung der staatlichen NGO-Finanzierung ausspricht. Die Empörung über die parlamentarische Anfrage zeigt, dass hier etwas vertuscht werden soll. Wer nichts zu verbergen hat, sollte Transparenz nicht fürchten.

Die WerteUnion Niedersachsen fordert daher eine unabhängige Überprüfung sämtlicher NGO-Förderungen. Steuergelder dürfen nicht dazu missbraucht werden, einseitige politische Agenden zu stärken oder demokratische Debatten zu unterdrücken.

Für Rückfragen:

Dr. Steffen Grüner – WerteUnion Niedersachsen und

Dr. phil. Jozef Rakicky –
WerteUnion Niedersachsen

E-Mail: niedersachsen@werteunion.de



Quelle: Netzfund



POLITtalk

Lehrte Härtere Strafen gegen Umweltverschmutzer gefordert – Videoüberwachung und gemeinnützige Arbeit als Lösungsansätze.

Die zunehmende illegale Müllentsorgung stellt eine wachsende Bedrohung für unsere Umwelt dar. Die Folgen sind vielfältig: Von der Verunstaltung unserer Landschaften bis hin zu ernsthaften Schäden für das Ökosystem. Um diesem Problem entgegenzuwirken, fordert die Werte-Union Kreisverband Hannover, eine Verschärfung der Strafen für Umweltverschmutzer.

Videoüberwachung an kritischen Punkten wie Waldwegen, Parkplätzen und öffentlichen Müllplätzen kann dabei helfen, Täter zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen. Zusätzlich sollte die Möglichkeit bestehen, verurteilte Umweltverschmutzer zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten, bei der sie aktiv zur Beseitigung der Schäden beitragen. Geldstrafen sind nicht zweckgebunden, daher kommen diese evtl. eingenommenen Gelder kaum bei der richtigen Stellen an.

Die Erde ist unser gemeinsames Zuhause. Jeder Einzelne trägt Verantwortung für ihren Schutz. Illegale Müllentsorgung ist nicht nur eine Straftat gegen die Natur, sondern auch ein Zeichen von Respektlosigkeit gegenüber der Gesellschaft. Die Auswirkungen auf das Ökosystem sind gravierend:

Vergiftung von Böden und Gewässern - Durch die Zersetzung von Müll gelangen schädliche Stoffe in die Umwelt und gefährden Pflanzen, Tiere und Menschen.

Verlust von Lebensräumen - Illegal entsorgerter Müll zerstört wertvolle Lebensräume und führt zum Verlust von Artenvielfalt.

Erhöhung des Treibhauseffekts - Viele Abfälle setzen beim Verrotten klimaschädliche Gase frei. Es ist höchste Zeit, ein klares Zeichen zu setzen und illegale Müllentsorgung konsequent zu bekämpfen.



Eine Ode an unsere Umwelt
O, Mutter Erde, du Wiege des Lebens.
Dein grüner Schoß, so reich und rein,
von Bergen, Tälern, Strömen, Seen.
Ein Paradies, so wunderschön.
Die Sonne strahlt, die Vögel singen,
die Blumen blüh'n in voller Pracht.
Der Duft von frischem Gras, so rein,
ein Fest für alle Sinne dein.
Die Tiere, groß und klein, so frei, sie leben in
Harmonie.
Ein jedes hat seinen Platz, in diesem wunderba-
ren Tanz.
Doch der Mensch, so oft so blind.
Er beutet dich aus, Mutter Erd'.
Er zerstört deine Schönheit und bringt dich um
dein Gleichgewicht.
Die Luft wird dicker, das Wasser trüb.
Die Wälder schwinden, die Tiere fliehen, Der
Mensch vergisst, dass er ein Teil von diesem
großen Ganzen ist.
O, Mutter Erde, wir bitten dich, vergib uns unse-
re Torheit.
Lass uns deine Schönheit wiedersehen und in
Ehrfurcht vor dir stehen.
Lass uns lernen, dich zu lieben und deine Schät-
ze zu bewahren. Für uns selbst und für die Kin-
der, die nach uns werden kommen.
So lass uns singen, diese Ode.
An die Umwelt, so schön und rein.
Auf dass sie ewig möge leben, in Harmonie und
Frieden.



POLITtalk

Lokales

Hämerlerwald - Anfrage

Wir wenden uns an die Stadt Lehrte, um auf ein Problem aufmerksam zu machen, das die Sicherheit unserer Schulkinder und die Verkehrssituation in der Straße Am Hainwald - Hämerlerwald betrifft. Es geht um das sogenannte "Elterntaxi", das sich vor Schulbeginn und nach Schulschluss in unserer Straße regelmäßig zu einem Verkehrschaos entwickelt.

Viele Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto bis vor die Schultür, was zu einer hohen Verkehrsdichte, gefährlichen Situationen für Fußgänger und Radfahrer und einer Blockade der Straße führt. Dies betrifft nicht nur die Kinder unserer Schule, sondern auch Anwohner und andere Verkehrsteilnehmer.

Neben den verkehrstechnischen Problemen möchten wir auch auf die pädagogischen Aspekte hinweisen. Kinder, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule gehen, haben die Möglichkeit, ihren Schulweg selbstständig zu bewältigen. Dies fördert ihre Selbstständigkeit, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre soziale Kompetenz. Sie lernen, sich im Straßenverkehr sicher zu bewegen und entwickeln ein besseres räumliches Orientierungsvermögen.

Kinder, die ständig mit dem Auto zur Schule gebracht werden, verpassen diese wichtigen Erfahrungen. Sie werden in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und verantwortungsbewussten Verkehrsteilnehmern behindert. Zudem führt die "Elterntaxi"-Mentalität oft dazu, dass Kinder unnötig behütet werden und ihnen nicht die Möglichkeit gegeben wird, eigene Erfahrungen zu sammeln und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Der "Elterntaxi"-Verkehr hat auch negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die hohe Anzahl von Autos, die täglich vor der Schule verkehren, führt zu einer Zunahme von Schadstoffemissionen und Lärmbelästigung. Dies beeinträchtigt die Luftqualität und das Wohlbefinden der Anwohner und der Schulkinder.

Um die Situation zu verbessern, schlagen wir vor, die Straße Am Hainwald während der Bring- und Abholzeiten der Schule für den motorisierten Individualverkehr, außer für Anwohner, zu sperren. Dies könnte durch eine zeitlich begrenzte Durchfahrtsbeschränkung oder eine Einbahnstraßenregelung erreicht werden.

Eine weitere Möglichkeit, die Situation zu entschärfen, ist die Einrichtung eines "Lauf-Busses". Dabei begleiten ehrenamtliche Erwachsene eine Gruppe von Kindern auf ihrem Schulweg. Dies bietet den Kindern Sicherheit und fördert gleichzeitig ihre soziale Kompetenz und ihre Bewegung.

Als möglichen Treffpunkt für den "Lauf-Bus" oder als zentralen Sammelpunkt für Kinder, die zu Fuß zur Schule gehen, schlagen wir den nicht weit entfernten EDEKA-Parkplatz vor. Dieser ist zentral gelegen und bietet ausreichend Platz für eine Gruppe von Kindern. Zudem wurde an der Kreuzung in der Nähe des EDEKA-Parkplatzes und der Grundschule extra ein Fußgängerüberweg installiert, der den Schulweg für die Kinder sicherer macht.

Wir schlagen vor, Gespräche mit dem Pächter des EDEKA-Marktes, Herrn Jacoby, zu führen, um zu klären, ob der Parkplatz als fester Treffpunkt für die Kinder genutzt werden kann.

Die positiven Aspekte der vorgeschlagenen Maßnahmen sind:

Erhöhung der Verkehrssicherheit: Durch die Reduzierung des Verkehrs vor der Schule wird die Sicherheit der Kinder erhöht.

Förderung der Selbstständigkeit der Kinder: Kinder erhalten die Möglichkeit, ihren Schulweg selbstständig zu bewältigen und wichtige Erfahrungen zu sammeln.

Entlastung der Anwohner: Die Anwohner werden von dem Verkehrschaos entlastet.

Ein Anwohner



POLITtalk

Was man bei Facebook & Co so findet

Ich glaube, Steinmeier versteht sein Amt nicht. Er ist Diener des Volkes, der Wähler. Wenn die sagen, die AfD ist stärkste Kraft, dann hat er das gefälsigt zu akzeptieren.

Andererseits bin ich schon lange der Meinung, dieses Amt ist überflüssig wie ein Kropf und kostet uns nur Unsummen an Steuergeld.



JUST IN: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat wie folgt auf den Regierungsauftrag der FPÖ reagiert:

„Falls es jemals dazu kommen könnte, dass die Rechten Kräfte bei uns auf Platz 1 sind, werde ich höchstpersönlich ihnen keinen Auftrag zur Regierungsbildung geben. Koste es was es wolle.“

Robert Habeck will das morsche Gesundheitssystem sanieren, indem auch auf Kapitalerträge Sozialabgaben fällig werden sollen. Nach Kritik rüdtet der Wirtschaftsminister zwar zurück. Die daterne Meinung ist aber oft typisch für die Grünen.



Habecks Spärpläne - Eine Zwing-AOK für alle

Robert Habeck will das morsche Gesundheitssystem sanieren, indem auch auf Kapitalerträge So...

Nancy Faesers Feldzug: Politische Säuberung im Staatsdienst

 Janine Becht

IN LÄUFER

Die deutsche Innenpolitik steht vor einer tiefgreifenden Wendepunkt: Ein politischer Feldzug gegen Mitglieder der AfD zielt auf die Unabhängigkeit des öffentlichen Dienstes

Zusammenfassung

Die deutsche Innenpolitik steht vor einer Tiefzüge: Der öffentliche Dienst wird zum Schauplatz einer politisch motivierten Säuberung. Mit den jüngst verabschiedeten Neuregelungen des Beauftragten soll es vermischte Dienstverhältnisse und die Trennung von politischer und technischer Kompetenz geahndet werden. Hinter der sichtlichen Befürchtungen von Demokratie und Sicherheit verbirgt sich eine neue Strategie, die über die Grenzen einer liberalen Gesellschaft hinausreicht.

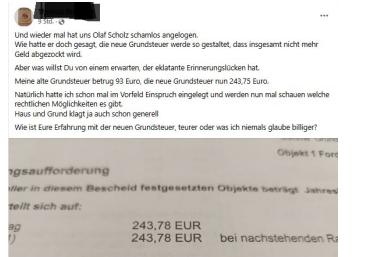
Faesers Feldzug: Die AfD im Visier der Disziplinarmaßnahmen

Ein kluger Vormarsch der Bundespolizei lässt keinen Zweifel dar, dass gegen AfD-Mitglieder ins Visier genommen werden. Bezieht die Mitglieder in die Panne und reicht sich für die AfD politisch engagieren, droht die Entlassung. Grundlage der Maßnahme ist die neue Verordnung des Beauftragten für den öffentlichen Dienst: „Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst“.

Aktivitäten innerhalb der AfD werden in dem Vermerk explizit als „Dienstverhältnis“ deklariert – selbst dann, wenn keine Kandidatur vorliegt. Wer sich dennoch für die Partei engagiert, kann sich auf eine Disziplinarmaßnahme beziehen. „Die politische Tätigkeit kann keinen Raum für Interpretationen. Politische Zugehörigkeit wird zum Kriterium für die Beurteilung im öffentlichen Dienst.“

„Wird eine Mitgliedschaft in einer sozialen Partei bestätigt, liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die den Verdacht eines Dienstvertrahns rechtfertigen, jedenfalls dann vor, wenn sich die Mitgliedschaft oder der Bezieher einer sozialen Partei aktiv bestätigt.“

Rechtsanwalt der Jungen Freien Demokraten: „Vermerk vom 7. Januar im Intranet der Bundespolizei“ / APOLLO NEWS



YouTube



YOUTUBE.COM
Migration debatte als Ablenkungsmanöver? Bundestag setzt heftige CO2-Preiserhöhung durch!



POLITtalk

Nachrichten



Herr Jens Knippahls, Zahnarzt im Ruhestand, aus Wolfsburg ist mit einem offenen Brief für die vollumfängliche Aufklärung der Corona Maßnahmen und deren Folgen an den Rat der Stadt Wolfsburg herangetreten.

Quelle: Offener Brief des Mitglieds, Jens Knippahls, der WerteUnion Wolfsburg; Forderung der vollumfänglichen Rehabilitation aller Ungeimpften -+++freie presse bodensee+++

Nun, nach mehr als 4 Monaten, hat der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, Herr Dennis Weilmann, zum Dialog eingeladen und spontan wieder abgesagt.

Knippahls Forderungen:

Ist es nicht an der Zeit, im Rat der Stadt Wolfsburg eine umfassende, kritische Analyse der politischen Corona Krise, unter Berücksichtigung der eigenen Maßnahmen, vorzunehmen, dafür auch ungeimpfte Betroffene dieser verfehlten Maßnahmen zu Wort kommen zu lassen, sich für Fehler zu entschuldigen, um Verzeihung zu bitten und Konsequenzen für die Zukunft aus den Fehlern zu ziehen?

Quelle: offener Brief

Was sind RKI-Files:

Die RKI-Files sind die internen Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert Koch-Instituts (RKI) aus den Jahren 2020 bis 2023. Sie dokumentieren die Beratungen und Entscheidungen des RKI während der Corona-Pandemie.

Enthüllungen und Debatten

Die Veröffentlichung der RKI-Files, darunter auch ungeschwärzte Dokumente, hat eine breite Debatte über die Rolle des RKI, die Kommunikation der Behörden und die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ausgelöst.

Einige sehen in den Protokollen eine Bestätigung für ihre Kritik an den Corona-Maßnahmen und werfen dem RKI vor, die Öffentlichkeit falsch informiert oder wichtige Informationen zurückgehalten zu haben. Andere betonen, dass die Protokolle ein normales Bild der Arbeit eines wissenschaftlichen Instituts in einer dynamischen und unsicheren Situation zeigen.

Zentrale Punkte der Debatte

„Pandemie der Ungeimpften“: Die RKI-Files zeigen, dass intern über die Kommunikation der „Pandemie der Ungeimpften“ diskutiert wurde, obwohl diese Formulierung wissenschaftlich nicht haltbar ist.

Nutzen-Risiko-Abwägung bei Impfungen: Die Protokolle legen offen, dass das RKI auch über seltene Nebenwirkungen von Impfungen und deren mögliche Auswirkungen auf die Impfbevölkerung diskutiert hat.

Lockdown-Maßnahmen: Die RKI-Files geben Einblicke in die internen Diskussionen über die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit von Lockdown-Maßnahmen.

Einordnung der RKI-Files:

Es ist wichtig, die RKI-Files im Kontext der damaligen Pandemie-Situation zu betrachten. Die Entscheidungen des RKI und der Politik basierten auf den zu diesem Zeitpunkt verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen, die sich im Laufe der Pandemie weiterentwickelt haben.

Die Protokolle sind ein wertvolles historisches Dokument, das Einblicke in die Arbeit des RKI und die Entscheidungsfindung in einer beispiellosen Krise ermöglicht. Sie bieten die Chance, die Pandemiebekämpfung kritisch zu analysieren und Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen.



POLITtalk

Landes- und Stadtpolitik

Ausbau der Windenergie in Hemmingen

Die Stadt Hemmingen steht vor der Herausforderung, den Ausbau der Windenergie voranzutreiben, ist jedoch durch bestehende Planungen und gesetzliche Vorgaben eingeschränkt.

Flächennutzungsplan: Schränkt die Standorte für Windkraftanlagen (WEA) stark ein.

Bebauungsplan: Beschränkt die Höhe der WEA.

Bestehende Anlagen: Die zur Verfügung stehenden Flächen sind bereits belegt.

Gesetzliche Änderungen: Das Windenergie-an-Land-Gesetz beschleunigt den Ausbau, macht aber bestehende Planungen zeitlich begrenzt.

Regionaler Raumordnungsplan: Die Region Hannover plant neue Vorranggebiete für Windenergie, die auch Hemmingen betreffen.

Quelle: Stadt Hemmingen

www.stadthemmingen.de/portal/seiten/windenergie-90700617-22500.html

Pro & Kontra

Pro Erneuerbare Energie: Windparks tragen zur Erzeugung erneuerbarer Energie bei und reduzieren die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Klimawandels.

Regionale Wirtschaft: Der Bau und Betrieb eines Windparks können Arbeitsplätze schaffen und die regionale Wirtschaft ankurbeln.

Energieunabhängigkeit: Durch die Nutzung heimischer Windenergie kann die Abhängigkeit von Energieimporten verringert werden.

Kontra Landschaftsbild: Einige Menschen empfinden Windparks als störend für das Landschaftsbild.

Lärm: Windkraftanlagen können Geräusche verursachen, die von Anwohnern als störend empfunden werden.

Naturschutz: Windparks können Auswirkungen auf Vogel- und Fledermauspopulationen haben.



Verpackungssteuer der Stadt Hannover. Auch bald für die Region?

Eine Verpackungssteuer ist eine Steuer, die auf Verpackungen erhoben wird, um die Menge an Verpackungsmüll zu reduzieren und die Wiederverwendung von Verpackungsmaterialien zu fördern. Es gibt eine Reihe von Argumenten für und gegen die Einführung einer solchen Steuer.



Ein wesentlicher Kritikpunkt ist, dass eine Verpackungssteuer in vielen Fällen nicht zweckgebunden ist. Das bedeutet, die Einnahmen aus der Steuer fließen in den allgemeinen Haushalt und werden nicht gezielt für die Abfallentsorgung oder die Förderung umweltfreundlicher Verpackungen eingesetzt. Dadurch fehlt der direkte Zusammenhang zwischen der Steuer und dem eigentlichen Ziel der Abfallreduzierung.

Belastung der Gastronomie: Die Gastronomie, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, wird durch eine Verpackungssteuer zusätzlich belastet. Diese Betriebe haben oft geringe Margen und können die Kosten für die Steuer kaum auf die Kunden umlegen. Dies kann zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber größeren Unternehmen oder Imbissen führen, die auf Einwegverpackungen verzichten können.

Der Verdacht, dass eine Verpackungssteuer in erster Linie dazu dient, Haushaltslöcher zu stopfen, ist nachvollziehbar. Wenn die Einnahmen nicht zweckgebunden sind, besteht die Gefahr, dass die Steuer als reine Einnahmequelle betrachtet wird und nicht als Instrument zur Förderung des Umweltschutzes. Dies untergräbt das Vertrauen der Bürger in die Wirksamkeit der Steuer und kann zu Widerstand führen.



POLITtalk

In eigener Sache:

Liebe Partei- und Vereinsmitglieder und Interessierte der WertUnion,

wir freuen uns, euch herzlich zu unserem ersten *come-together* einzuladen! Dies ist eine großartige Gelegenheit, um:

- uns besser kennenzulernen,
- gemeinsam Ziele für unsere Partei zu entwickeln,
- neue Mitglieder für unsere wichtige Arbeit zu gewinnen,
- unsere Interessengemeinschaft zu stärken und
- uns auf die nächsten Wahlen vorzubereiten.

Wir haben eine tolle Location für unser Treffen gefunden, in der wir uns in angenehmer Atmosphäre austauschen können.

<https://www.platzhirsch-edemissen.de>

Wir arbeiten kostendeckend. Der Ticketpreis enthält Ihr Auswahlmenü und die Raummiete. Getränke sind NICHT enthalten!

Wir freuen uns auf einen produktiven und inspirierenden Austausch mit euch!

Mit WERTigen Grüße

Der Vorstand

WertUnion Kreisverband Hannover

Die Plätze sind begrenzt, daher hier schnell anmelden:



Sollten Sie auch ein Event in Ihrer Region organisieren wollen, kommen Sie gern auf uns zu. Wir machen das für Sie!

<https://niedersachsen-werteunion.de>

Niedersachsen

Am 31. Januar lud die WertUnion Niedersachsen zum Neujahrsempfang, wo sich die politischen Schwergewichte Dr. Hans-Georg Maaßen und MdL Dr. Jozef Rakicky mit zentralen Fragen der aktuellen politischen Entwicklung auseinandersetzten. Im Zentrum ihrer Analysen standen die Migrationspolitik der Bundesregierung und die ideo-logische Ausrichtung großer Medienhäuser – zwei Themen, die sie als symptomatisch für eine tiefgehende Fehlentwicklung in der politischen Kultur Deutschlands bewerteten. Dr. Hans-Georg Maaßen zeichnete ein düsteres Bild der aktuellen Migrationspolitik. Die Ablehnung des Zustrombegrenzungsgesetzes bezeichnete er als einen sicherheitspolitischen Rückschlag, der es der Bundespolizei verunmögliche, wirksam gegen irreguläre Migration vorzugehen. Besonders kritisch bewertete er die Haltung der SPD, die in einer früheren Legislaturperiode einem nahezu identischen Gesetzeswurf zugestimmt hatte, nun jedoch aus parteitaktischen Erwägungen die sicherheitspolitische Notwendigkeit leugne.

WertUnion: Konservativer Realismus statt ideo-logischer Wunschpolitik

Die Veranstaltung machte deutlich, dass die WertUnion Niedersachsen eine klare Alternative zum gegenwärtigen politischen Mainstream bietet: eine restriktive und sicherheitsorientierte Migrationspolitik, die sich an nationalen Interessen statt ideologischen Wunschvorstellungen orientiert; eine Medienlandschaft, die ihrer Aufgabe als vierte Gewalt gerecht werden muss, anstatt einseitige Narrative zu verstärken; und eine Wirtschaftspolitik, die sich an Stabilität und Leistungsprinzipien orientiert.





POLITtalk

Zahlen—Daten—Fakten

Quo Vadis, Niedersachsen?

Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in Niedersachsen.

Die Bundestagswahl 2025 zeigt in Niedersachsen folgende Zweitstimmenverteilung: Die CDU erreicht 28,1 % (+3,9 Punkte zu 2021), die SPD 23,0 % (-10,1 Punkte), die AfD 17,8 % (+10,4 Punkte), die Grünen 11,5 % (-4,6 Punkte), die Linke 8,1 % (+4,8 Punkte), die FDP 4,1 % (-6,4 Punkte) und das BSW 3,8 % (neu). Sonstige Parteien kommen auf 3,6 % (-1,8 Punkte). Die CDU bleibt stärkste Kraft, die SPD verliert massiv, und die AfD legt deutlich zu. Niedersachsen folgt damit grob dem Bundestrends.

Veränderungen zeichnen sich ab

Zwischen Ostsee und Harz scheint sich politisch wenig verschoben zu haben. Die beiden alten „Volksparteien“ CDU und SPD belegen die Spitzensitze und können die AfD noch auf Abstand halten. Das BSW, als neueste Linksopposition, konnte nur bedingt Fuß fassen. Der Wähler sah die CDU meist noch immer als konservative Partei an. Die SPD gilt teils noch als Arbeiterpartei, die AfD als radikale Anomalie einer funktionierenden Demokratie. So weit gilt das Drehbuch der letzten Legislaturperiode.

Doch was, wenn diese alten Sichtweisen ins Wanken geraten und die Wirklichkeit eine neue Wahrnehmung durch die Wähler erzwingt? Bereits jetzt haben CDU und AfD rein rechnerisch in Niedersachsen 45,9 % der Zweitstimmen. Mit den Stimmen der FDP sind es sogar 50 %. Den Fokus sollte man nicht auf eine mögliche – oder besser unmögliche – Koalition legen, sondern auf die Tatsache, dass jeder zweite Wähler eine – aus seiner Sicht – konservative oder liberale Partei gewählt hat. Noch können sich diese 50 % nicht in politische Dynamiken, in eine Machtperspektive umwandeln. Doch Verschiebungen zeichnen sich ab.

Union vor dem Kipppunkt?

Die CDU räumt ihre Wahlversprechen noch schneller ab, als selbst hartgesottene Karrieristen es verstehen und vermitteln können. Als konservative, verlässliche Partei hat sie ausgespielt. In Zeiten sozialer Netzwerke entdecken das auch immer mehr Stammwähler. Westbindung, soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheiten sind der CDU als Fixpunkte abhanden gekommen.

Ihre Taktik des „Rechts blinken, links abbiegen“ und das typische „konservative Positionen im Wahlkampf betonen, aber in Koalitionsverhandlungen für Posten eintauschen“ wandelt sich zu einem Bumerang. Noch hält die Machtperspektive den Kanzlerwahlverein CDU zusammen – noch.

Zeit für eine neue Kraft

Niedersachsen zeigt: Jeder zweite Wähler will konservative Stärke und liberale Freiheit. Die CDU versagt an ihren Wurzeln, die FDP ist ein Schatten ihrer selbst (4,1 %), und die AfD polarisiert zu sehr. Hier liegt die Chance für eine neue Partei: eine, die Wohlstand sichert, Grenzen schützt und den Staat schlank hält – ohne ideologischen Ballast. Eine Kraft, die sagt, was sie meint, und tut, was sie sagt. Denn die Wähler fordern eine konservativ-liberale Politik, bekommen aber eine Ampel 2.0.

Wohin steuert Niedersachsen?

Niedersachsen steht an einem Scheideweg. Die CDU hält die Spitze, die SPD taumelt, und die AfD wächst. Jeder zweite Wähler sucht konservative oder liberale Antworten – doch die alten Volksparteien liefern sie kaum. Die Zeit ist reif für neue politische Kräfte, die den Wählern geben, was sie wollen: Sicherheit, Wohlstand und Freiheit.

Quo vadis, Niedersachsen? Die Antwort liegt bei Wählern, die alte Gewissheiten hinterfragen – und bei Parteien, die das erkennen.



POLITtalk

Probleme angesprochen...

Im letzten Jahr sind 400.000 Menschen aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland gekommen – so viele wie die Stadt Wuppertal an Einwohnern hat. Das hat das Nachrichtenportal NIUS errechnet. Erst am Dienstag hatten Agenturen die beruhigende Meldung verbreitet, die Zahl der 2024 in die EU gelangten Migranten sei extrem rückläufig, mit gerade mal 239.000 Zuwandern seien so wenige gekommen wie zuletzt 2021.

Die Wahrheit ist: Nach wie vor sind Deutschlands Grenzen offen wie ein Scheunentor und Migration und ihre Auswirkungen sind Top-Thema im Wahlkampf. Deshalb löste Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt am Montag große Verwunderung mit ihrer Aussage bei „Hart aber fair“ aus, Migration habe mit dem „Alltag der Menschen verdammt wenig zu tun“. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellten letztes Jahr 229.751 Personen aus Nicht-EU-Ländern einen Asylantrag, die meisten von ihnen (76.765) Syrer, gefolgt von Afghanen und Türken. Wie auch sonst war die absolute Mehrheit der Migranten (67 %) jung und männlich.

Dr. Hans-Georg Maaßen, Bundesvorsitzender der WerteUnion, hat vor Jahren das Asylgesetz in wesentlichen Teilen verfasst. Er fordert seit geraumer Zeit, Migranten mit Asylwunsch an der Grenze zurückzuweisen: „Wer bei uns an-klopft, kommt aus einem EU-Land, in dem er einen Asylantrag hätte stellen können. Insofern ist nach dem Dublin-III-Abkommen jeder zurückzuweisen.“

Menschen ohne Qualifikation

Außer den rund 230.000 Migranten, die Asylanträge stellten, gelangten 120.000 Zuwanderer aus Drittstaaten über den Familiennachzug ins Land, meldet NIUS unter Berufung auf das Auswärtige Amt. Zusätzliche 50.000 Menschen sind voraussichtlich über die sogenannte Westbalkan-Regelung ins Land gekommen. Danach können Menschen ohne Qualifikation aus Albanien, Bosnien, dem Kosovo und weiteren Ländern einreisen, sofern sie ein Arbeitsangebot vorweisen können. Dieses Kontingent ist letztes Jahr erst von 25.000 auf 50.000 verdoppelt worden.

In diesen Zahlen sind noch nicht die Zuwanderer erfasst, die über Migrationsabkommen und besondere Aufnahmeprogramme ins Land kommen. So fliegt die Bundesregierung nach wie vor aus Islamabad, Pakistan, Afghanen ein und zahlt seit zwei Jahren zweistellige Millionenbeträge für deren Unterhalt vor Ort.

Hans-Georg Maaßen: „Grüne und SPD wollen Zuwanderung, und ich kann nicht erkennen und glauben, dass die CDU, wenn sie denn den Kanzler stellt, in der Lage ist das zu ändern. Denn sie wird mit den Grünen oder der SPD koalieren müssen, mit denen ein sicherer Grenzschutz nicht zu machen ist.“



Quelle: Werteunion Sachsen Anhalt



POLITtalk

Wer sind wir und was wollen wir?

Wir sind eine engagierte politische Gemeinschaft, die sich für die Bewahrung und Förderung unserer gemeinsamen Werte und Grundsätze einsetzt. In einer sich ständig wandelnden Welt glauben wir fest daran, dass Werte wie Freiheit, Verantwortung und ein starkes Gemeinschaftsgefühl das Fundament einer zukunftsfähigen Gesellschaft bilden.

Sie wissen nicht, wo Sie stehen?

Unsere Ziele

Wir werden den Menschen und Unternehmen in Niedersachsen die Selbstbestimmtheit wiedergeben, die für ein Leben in Freiheit und Verantwortung und für erfolgreiches Wirtschaften erforderlich ist.

Überbordende Bürokratie in allen Lebensbereichen muss abgebaut werden. Einige Bundesministerien sind abzuschaffen. Möglichst viele Kompetenzen müssen von Ministerien zurück an die Bundesländer und die Gemeinden übergeben werden. Unser Ziel ist ein schlanker und leistungsfähiger Staat, um unser Land zukunfts-fähig zu machen.



Veranstaltungen

Bürgerdialog / Stammtisch

Veranstalter: WerteUnion Niedersachsen

Müde vom Status Quo? Wir auch!

Die WerteUnion steht für eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Für ein lebenswertes Land nehmen wir die Herausforderung an! Wir sind bereit, Probleme des täglichen Lebens offen anzusprechen und Lösungen zu entwickeln.

Nur gemeinsam können wir unsere Zukunft positiv gestalten. Sein SIE dabei!

Der nächste Stammtisch in Hannover findet statt am: 19.03.2025 Anmeldung unter:

mail@werteunion-hannover.de

Sie möchten in Ihrer Region auch einen Stammtisch ins Leben rufen? Melden Sie sich gern bei uns, wir stellen den Kontakt für Sie her.

Zoom-Meeting & Präsenz-Treffen für Interessenten

Wir freuen uns über Ihr Interesse an politischer Arbeit. Um Ihnen die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und mehr über die WerteUnion zu erfahren, laden wir Sie herzlich ein mitzumachen. Da wir eine Vielzahl von Interessenten haben, planen wir die Termine für die Videokonferenzen individuell. Bitte senden Sie uns bei Interesse eine E-Mail. Wir werden uns dann umgehend mit verschiedenen Terminvorschlägen bei Ihnen melden.

WerteUnion Kreisverband Hannover, Ihr Ansprechpartner, wenn es ums „Netzwerken“ geht. Sie möchten mehr erfahren? Nehmen Sie gerne Kontakt zu uns auf:

Mobil: 0178 104 12 92

Email: mail@werteunion-hannover.de





POLITtalk

Alle 3 Monate für Sie da

Unser Ziel:

Diese kleine Zeitung alle 3 Monate für Sie bereit zu halten, um Ihnen regelmäßig einen frischen und unabhängigen Blick auf die politische Landschaft zu ermöglichen.

Wir laden Sie ein!

Diskutieren Sie mit und gestalten Sie unsere Zeitung mit. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge und Anregungen!

Möchten Sie Seiten füllen mit Themen aus Ihrer Region? Kein Problem, kommen Sie auf uns zu.

Sie möchten unseren *POLITtalk* nicht mehr erhalten? Das wäre schade, aber auch kein Prob-

Spendenauftrag:

Um die nächste Ausgabe unserer Zeitschrift zu realisieren, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Jede Spende, egal wie klein, hilft uns dabei, unsere Arbeit fortzuführen und eine Stimme in der politischen Landschaft Niedersachsens zu sein.

Spendenkonto: DE03 1001 1001 2784 4048 39
POLITtalk – Ihre politisch orientierte Zeitschrift für Niedersachsen und Ihre Region!



WerteUnion
Niedersachsen



WerteUnion
Mitglied werden



WerteUnion
Parteiprogramm

Werner & Ulrich

Du Ulrich, weißt
Du warum Politiker
wie Babys sind?



Klar Werner, weil sie
schreien, bis sie be-
kommen, was sie
wollen, und dann alles
vergessen, was sie
versprochen haben.